Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

BBSR

MORO

Herzlich Willkommen!

MORO
Diskussionsforum
Raumentwicklung
2. Veranstaltung

2. Forum
am Mittwoch
20. April 2016
in Berlin

Der Zustrom von Flüchtlingen und die Einflüsse auf die Raumentwicklung

INSTITUT RAUM& ENERGIE

Programm: 20.04.2016, Berlin

10:15 Eintreffen der Teilnehmenden, Registrierung, Begrüßungskaffee

10:45 Zweites Diskussionsforum Raumentwicklung
Begrüßung und Hinweise zum Tagesablauf
Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie

11:00 Flüchtlinge, auch ein Thema für die Raumordnung
Rainer Bomba, Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

11:20 Raumstrukturen und Migration - Zahlen und Fakten aus der laufenden Raumbeobachtung
Dr. Steffen Maretzke, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Antonia Milbert, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

11:50 Fragen aus dem Plenum

Programm: 20.04.2016, Berlin

12:00 Podium 1: Probleme erkennen – Herausforderungen annehmen

- **Wohnungsversorgung nachhaltig gewährleisten**

  Dr. Reiner Braun, empirica

- **Daseinsvorsorgeinfrastruktur nutzen und anpassen**

  Prof. Dr. Peter Dehne, Hochschule Neubrandenburg

- **Implikationen und Optionen für den Arbeitsmarkt**

  Dr. Alexander Kubis, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

  Anja Katrin Orth, Institut der Deutschen Wirtschaft

13:00 Diskussion mit den Referenten unter Einbindung des Plenums

13:15 Mittagspause

Programm: 20.04.2016, Berlin

14:00 **Podium 2: Integration gestalten – Blick in die regionale und kommunale Praxis**

- **Dezentrale Unterbringung im Landkreis Coburg**

  Martina Berger, Leiterin Stabsstelle Landkreisentwicklung

- **Regionale Optionen kooperativ erschließen**

  Kooperation Hirzenhain, Wöllstadt, Rockenberg und Rosbach

  Bürgermeister Thomas Alber, Rosbach (Hessen)

- **Neue Vitalität für ländliche Kommunen**

  Integration von Flüchtlingen in ländlichen Gemeinden

  Andreas Betz, Amtsdirektor Amt Hüttener Berge

  Servicestelle für ausländische Fachkräfte im Landkreis Görlitz

  Dr. Ludwig Scharmann, Sächsisches Staatsministerium des Innern

15:00 Diskussion mit den Referenten unter Einbindung des Plenums

15:15 Kaffeepause

Programm: 20.04.2016, Berlin

15:30 **Podium 3: Steuern, aber wie? Was kann die Raumordnung leisten?**
Inputs:

- *Dr. Stefan Köhler, 1. Bürgermeister Stadt Friedrichshafen, Beirat für Raumentwicklung beim BMVI*
- *Torsten Wendt, Landrat Kreis Steinburg*
- *Christoph van Gemmeren, Bezirksregierung Düsseldorf*

16:00 Diskussion mit allen Referenten unter Einbindung des Plenums

16:30 **Würdigung und Ausblick**

Zusammenfassung der Diskussion in zentralen Botschaften

- *Dr. Steffen Maretzke, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)*
- *Dr. Michael Melzer, Institut Raum & Energie*

16:45 Ende des 2. Diskussionsforums Raumentwicklung

1

Viele Regionen brauchen Wanderungsgewinne zur Stabilisierung ihrer demografischen Situation, sonst gäbe es schon heute wesentlich mehr Schrumpfungsregionen.

2

Zuwanderer sollten möglichst so untergebracht werden, dass sowohl die Wohnqualität möglichst hoch, die Kosten dafür möglichst niedrig und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration möglichst gut gestaltet werden. Dafür sind die Regionen sehr unterschiedlich gerüstet.

3

Nicht alle Regionen partizipieren gleichermaßen an den Außen- und/oder Binnenwanderungen. Der Großteil der Zuwanderung geht in die wirtschaftsstarken Zentren des Landes. So realisieren strukturstarke städtische und ländliche Regionen in der Regel überdurchschnittliche Außen- und Binnenwanderungsgewinne, während strukturschwächere nur unterdurchschnittlich an den Außenwanderungsgewinnen partizipieren und Binnenwanderungsverluste erleben. Es ist zu erwarten, dass strukturschwächere Regionen für Flüchtlinge weniger attraktiv sind, so dass diese Regionen nach der Erstverteilung auch bei den Flüchtlingen ungünstigere Binnenwanderungsbilanzen zu erwarten haben, falls sich nichts an den aktuellen Rahmenbedingungen der Binnenwanderung ändert.

4

Die Regionalstruktur der Binnen und Außenwanderungen weist eine hohe Konstanz auf. Allerdings realisieren immer weniger Kreise Außen- und/oder Binnenwanderungsgewinne. Im Ergebnis dieser Konzentrationsprozesse verstärken sich auch die regionalen Disparitäten demografischer Entwicklung.

5

Es kann unterstellt werden, dass viele Flüchtlinge in wachstumsstarken Verdichtungsräumen und in Räumen mit starker ethnischer Durchmischung ihren Wohnsitz nehmen wollen. Das stellt gerade diese Räume vor extrem große Herausforderungen – es darf nicht zur Segregation und Bildung von ethnisch einseitig geprägten Quartieren führen.

6

Binnenwanderungsbewegungen sind bei einer rechtlich möglichen Freizügigkeit im Bundesgebiet unmittelbar kaum steuerbar, sofern nicht eine zumindest befristete Residenzpflicht praktiziert wird. Ansonsten ist eine Einflussnahme nur bei der Erstverteilung und mittelbar daran anschließend über gute Vor-Ort-Integration möglich.

7

Integration findet vor Ort statt. Dies betrifft u.a. Spracherwerb und –förderung, Integration in die schulische und berufliche Bildung sowie den Arbeitsmarkt. Gerade das identitätsstiftende Lokale der kleinen und mittleren Städte und Gemeinden bietet zahlreiche Ansatzpunkte für eine gelingende Integration, wenn die sich sowohl für die Herkunftsbevölkerung als auch für die Zuwanderer ergebenden Potenziale erkannt, öffentlich gemacht und verantwortungsgemeinschaftlich ausgeschöpft werden. Integration wird gefördert durch Aufnahme, Leben und Wohnen der Flüchtlinge in kleinen Strukturen, also Wohnen und Teilhabe in Wohngebieten – die Lagerhalle ist ein stummer Nachbar.

8

Insbesondere Familien können „auf dem Land" schneller integriert werden, günstig(er) im Leerstand unterkommen sowie die Schließung von Kitas und Schulen verhindern. Wir sollten die Integration von Asylsuchenden im ländlichen Raum als Chance zur Minimierung des demografischen Wandels wahrnehmen und können dies auch im gewissen Umfang erfolgreich schaffen. Viele Flüchtlinge kennen die Vorzüge des ländlichen Raumes nicht und müssen diesen erst „ERLEBEN".

9

Der deutsche Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig und viele Unternehmen können ihre Ausbildungsstellen aktuell nicht besetzen. Flüchtlinge können an dieser Stelle einen Beitrag leisten, denn viele sind jung und motiviert. Dennoch ist für den Arbeitsmarkt der Beitrag der Flüchtlinge zur Demografievorsorge begrenzt. Aktuelle Erhebungen deuten darauf hin, dass die Qualifikationsstruktur der Flüchtlinge ungünstig ist. Und ein steigendes Erwerbspersonenpotenzial bedarf auch steigender Qualifikationsanstrengungen, um am deutschen Arbeitsmarkt anzukommen. Hierzu sind enorme Integrationsleistungen erforderlich.

10

Mit steigender Akzeptanz von Zuwanderungen aus dem Ausland steigt auch der Integrationsbedarf in den Zuwanderungskommunen. In überdurchschnittlich stark betroffenen Kommunen wird sich der tendenziell ohnehin steigende Anteil an Personen mit Migrationshintergrund stärker erhöhen. Gerade bei den Außenwanderungen macht es einen Unterschied, ob es sich um normale (freiwillige) Wanderungen handelt oder ob diese Folge krisenhafter Ereignisse sind. Aus der aktuellen Flüchtlingszuwanderung resultieren wesentlich höhere Integrationsbedarfe als üblich. Nicht nur die Migranten müssen sich integrieren, auch die aufnehmende Gesellschaft muss integrationsbereit sein, Befürchtungen vor der Veränderung des kulturellen und sozialen Umfeldes müssen durch geeignete Maßnahmen abgebaut werden.

11

Binnenwanderungen werden in der Regel von jungen und gut ausgebildeten Personen getragen. Oft sind diese auch in Bezug auf das Geschlecht ungleich verteilt. In der Regel konzentrieren sich die negativen Effekte dieser Selektivität (Ungleichgewichte in der Alters-, Sozial- und Geschlechterstruktur der Bevölkerung) daher auf die Abwanderungsregionen und vice versa. Im Falle der zuwandernden Flüchtlinge ist dies völlig anders. Bislang kommen im Rahmen dieser Zuwanderung eher junge, gering qualifizierte männliche Personen, deren erfolgreiche Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt für jede Zielregion eine große Herausforderung darstellt.

12

Im Hinblick darauf, dass eine räumliche Lenkung der Zuwanderung vor allem bei der Erstverteilung rechtlich möglich ist, sollte versucht werden, die Flüchtlinge bei der Erstverteilung unabhängig von Einwohnerzahlen in Räume zu leiten, die aufnahmefähig, aufnahmebereit und nicht bereits durch Wachstumstendenzen überlastet sind. Landes- und Regionalplanung können dafür die erforderlichen Rauminformationen zur Verfügung stellen.

13

Im Rahmen der Regionalentwicklung werden dem schwach strukturiertem und peripher gelegenem Ländlichen Raum in Folge der Flüchtlinge bzw. der Migration oft Entwicklungschancen prophezeit. Ohne gezielte Maßnahmen wird dies aber nicht eintreten, die Flüchtlinge werden sich nach ihrer Anerkennung in Richtung Großstädte und Wachstumsregionen orientieren. Erforderlich sind gezielte Maßnahmen und die Förderung von Modellprojekten, z.B. In Form von MORO-Projekten.

14

Um den Verbleib der Flüchtlinge/Zuwanderer in den Räumen zu unterstützen, die Wachstumsbedarfe formulieren und auch Zuwanderung befürworten, sollten dort die Unterstützungsmaßnahmen für Integrationsangebote, für die Kooperation von Kommunen, Unternehmen, für den Wohnungsbau und für die für den Arbeits-/Ausbildungsmarkt zuständigen Institutionen gezielt konzentriert werden. Dies könnten z.B. mittelzentrale Bereiche sein, die Wachstumsschwäche zeigen, aber über hinreichende Kapazitäten der sozialen und technischen Infrastruktur verfügen. Die Regionalplanung kann dies durch Beratung und als Koordinator kooperativer Aktivitäten unterstützen.

15

Zugleich muss Vorsorge für eine verträgliche Integration in den Verdichtungsräumen getroffen werden. Durch die Unterbringung von Flüchtlingen wird der Wohnraumengpass in den Städten und Wachstumsregionen größer. Insbesondere bezahlbarer Wohnraum wird ein immer knapperes Gut. Eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaues ist deshalb unabdingbar. Aber auch die Träger der Regionalplanung müssen darauf eingehen. Dazu gehören u.a. eine am ÖPNV orientierte Siedlungsentwicklung und die Förderung angemessener Dichte bei der Entwicklung des Wohnungsangebotes ganz im Sinne des auch in diesem Falle offensichtlich zutreffenden räumlichen Leitbilds der dezentralen Konzentration.

Die jeweiligen "Instrumentenkästen" der Regionalplanung sind zumindest teilräumlich und zumindest temporär zu überarbeiten bzw. mit Ausnahmeregelungen zu versehen.

Veranstaltungsorganisation

Veranstalter:

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Prof. Dr. János Brenner

BBSR

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Dr. Steffen Maretzke

Konzeption und Organisation:

INSTITUT RAUM & ENERGIE

Raum & Energie
Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH

Katrin Fahrenkrug
Dr. Michael Melzer